

**Presseausendung** Brüssel, 26. August 2014

## **Anhörungen der nominierten Kommissionsmitglieder: 5 Fragen, die das Europäische Parlament stellen muss.**

Von 25. bis 30. September 2014 führt das Europäische Parlament Anhörungen mit den nominierten Kommissionsmitgliedern durch. Seit dem Vertrag von Lissabon muss das Europäische Parlament die vorgeschlagenen KandidatInnen akzeptieren, damit sie Kommissionsmitglieder werden. In diesem Prozess können Mitglieder des Europäischen Parlaments die nominierten Kommissionsmitglieder hinsichtlich ihrer Eignung für die Aufgabe, für die sie kandidieren, befragen. Sie können KandidatInnen gegebenenfalls ablehnen.

Die **European Association of Service Providers for Persons with Disabilities (EASPD)** begrüßt diese Vorgangsweise, da sie die demokratische Legitimität und Transparenz für die Entscheidung, wer unsere nächsten Europäischen Kommissionsmitglieder sein werden, erhöht. Tatsächlich wird jedes Europäische Kommissionsmitglied in den nächsten Jahren dafür verantwortlich sein, zentrale politische Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, die fast alle Aspekte unseres Lebens beeinflussen. Daher ist es ganz normal, dass die von uns gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments mitentscheiden, wer eingesetzt wird und wer nicht.

In den Anhörungen hat jeder parlamentarische Ausschuss die Möglichkeit, dem jeweilig nominierten Kommissionsmitglied eine Reihe von Fragen zu stellen sowohl in Bezug auf die Eignung für die Position als auch über seine Pläne für die Amtszeit. Daher möchte EASPD, die über 10.000 soziale Dienstleistungsorganisation für Menschen mit Behinderung in ganz Europa repräsentiert, Mitglieder des Europäischen Parlaments darum ersuchen, die folgenden Fragen an die jeweilig nominierten Kommissionsmitglieder zu richten. Jede Frage ist wesentlich dafür, die Qualität sozialer Dienstleistungserbringung in Europa zu verbessern und trägt somit bei, Menschen mit Behinderung zu befähigen, ihre Menschenrechte voll wahrzunehmen.

### **Nutzung und Freisetzung des Potentials für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der sozialen und Gesundheitsdienstleistungen**

- **An das nominierte Kommissionsmitglied für Arbeit, soziale Angelegenheiten und Inklusion**

Aufgrund demographischer und sozialer Trends erhöht sich der Bedarf an sozialen

Dienstleistungen deutlich. Er wird auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter ansteigen. Das bedeutet, das Angebot wird dem Bedarf gerecht werden müssen. Das wiederum heißt, dass der Bereich der sozialen und Gesundheitsdienstleistungen künftig mehr hoch bzw. höher qualifizierte MitarbeiterInnen beschäftigen muss. Über 10% der Arbeitskräfte in der EU arbeiten bereits heute im Bereich der sozialen und Gesundheitsdienstleistungen. Der Europäischen Kommission ist schon jetzt bewusst, dass sich dieser Trend aufgrund der demographischen Entwicklung verstärken wird.

Dadurch wird die Arbeitslosigkeit reduziert, darüber hinaus ist die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung mit sozialen Dienstleistungen zentral dafür, der zunehmenden sozialen Ausgrenzung und Armut in Europa entgegenzuwirken und Strategien zu entwickeln, das Leben vieler EuropäerInnen zu verbessern. Zusätzlich führen soziale Investitionen zu positiven wirtschaftlichen Ergebnissen, da Verbesserungen der Situation von Dienstleistungs-NutzerInnen meist positive und anhaltende wirtschaftliche Auswirkungen nach sich ziehen, z.B. wenn sich jemand in Ausbildung oder in einem Arbeitsverhältnis befindet.

Derzeit verhindern allerdings noch viele Barrieren, dass der Sektor sein volles Potential ausschöpft. Dazu gehören der Mangel an öffentlichen Budgetmitteln, die eingesetzt werden könnten,

- die Qualität der Dienstleistungen zu verbessern und dem Personal bessere Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten zu bieten;
- die unausgewogene regionale Verteilung der Arbeitskräfte;
- die geringe Attraktivität des Sektors;
- schwierige Arbeitszeit-Muster;
- fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten; sowie
- die Abwanderung von SozialarbeiterInnen aus verschiedenen europäischen Gebieten, die zu illegaler Beschäftigung, Sozial-Dumping und Ausbeutung führt.

Die Europäische Kommission kann und sollte über die ihr zur Verfügung stehenden politischen und finanziellen Instrumente Mitgliedsstaaten darin unterstützen, diese Barrieren zu überwinden und konkrete Maßnahmen zu entwickeln. Es sollte eine EU Strategie für Arbeit entwickelt werden, die danach trachtet, das Potential des Sektors zu nutzen, die europäische Geldmittel einsetzt, um dies zu untermauern sowie geeignete rechtliche, politische und finanzielle Rahmenbedingungen sicherstellt, damit soziale Dienstleistungen ihren Auftrag erfüllen können.

✚ Wie planen Sie, das Potential zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich sozialer Dienstleistungen freizusetzen? Glauben Sie, dass eine einschlägige Kommunikation nützlich sein könnte, in der ein Aktionsplan für die EU skizziert wird?

## **Ausschluss sozialer und Gesundheitsdienstleistungen vom Freihandelsabkommen TTIP zwischen EU und USA**

### **➤ An das nominierte Kommissionsmitglied für Handel**

Die Europäische Kommission behauptet aktuell, dass öffentliche Dienstleistungen von den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen (TTIP) ausgeschlossen sind. Sie verweigert aber eindeutige Aussagen dazu, ob dies auch auf bestimmte kommerzialisierte öffentliche Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialbereich zutrifft oder nicht. Der Sektor der

Gesundheits- und Sozialdienstleistungen stellt einen wichtigen Teil der EU Wirtschaft dar, er macht 5 bis 13% des Bruttoinlandsprodukts aus und stellt mehr als 10% der Arbeitskräfte. Der Sektor spielt auch eine zentrale Rolle darin, zunehmender sozialer Exklusion und Armut entgegenzuwirken und das Leben vieler EuropäerInnen zu verbessern.

Eine transnationale Öffnung öffentlicher Ausschreibungen über die EU Grenzen hinaus, wie im TTIP vorgesehen, könnte sich ausgesprochen negativ auf die Qualität von sozialen und Gesundheitsdienstleistungen auswirken. Die 2014er Richtlinien für öffentliche Ausschreibungen, die eine Reihe von sozialen und umweltbezogenen Schutzmechanismen beinhalten, könnten als nicht fiskalische Barrieren angesehen und in Frage gestellt werden und somit das Risiko ihrer Abschaffung nach sich ziehen. Außerdem könnten Regierungen, die künftig soziale und umweltbezogene Schutzmechanismen noch erweitern möchten, über das Investor-Staat-Schiedsverfahren von Investoren zu Kompensationszahlungen für die durchgeführten Veränderungen gezwungen werden. Das könnte die Reformbereitschaft von Regierungen stark einschränken, da es zu Ausgleichszahlungen an Investoren kommen könnte. Das ist bereits in Ländern der Fall ist, wo es schon jetzt solche Investor-Staat-Schiedsverfahren gibt.

- ✚ Wie wird die Europäische Kommission die Qualität öffentlicher Dienstleistungen in den TTIP Verhandlungen schützen und wird der Bereich der sozialen und Gesundheitsdienstleistungen zur Gänze ausgeschlossen?

## Beschleunigung des Übergangs zu gemeindeintegrierten Dienstleistungen

- **An das nominierte Kommissionsmitglied für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft**

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention BRK) hat Veränderungen gebracht, wie Menschen mit Behinderungen und die Dienstleistungen, die sie in Anspruch nehmen, in der Gesellschaft wahrgenommen werden. Die Konvention, die von der Europäischen Union und der Mehrheit der EU Mitgliedsstaaten ratifiziert wurde, fordert den Ausbau und die Entwicklung von Dienstleistungen, die in der Gemeinde erbracht werden, sowie den Übergang von einem institutionellen, unpersönlichen, distanzierten, medizinischen Ansatz zu einem individuelleren Gesamtansatz, bei dem Menschen mit Behinderung dazu befähigt werden, Entscheidungen über ihr Leben zu treffen und ihr Leben selbständig in der Gemeinschaft leben.

Die Veränderungen, die dieser Paradigmenwechsel erfordert, können nicht über Nacht umgesetzt werden. Außerdem ist in dem schwierigen Übergangsprozess eine intensive und kontinuierliche Beobachtung der Fortschritte, die auf europäischem Territorium gemacht werden, notwendig. Die Europäische Kommission hat bereits Empfehlungen für Mitgliedsstaaten publiziert und das Einrichten einer Ad Hoc ExpertInnengruppe mit VertreterInnen von NGOs und öffentlichen Behörden für den Übergang von institutioneller zu gemeindeintegrierter Versorgung unterstützt.

Trotz dieser Initiativen gibt es in Europa immer noch Fälle von Missbrauch und schlechte Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung, die wiederholt von Presse und NGOs aufgedeckt werden.

Mehrere Millionen Menschen mit Behinderung, Kinder, Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und wohnungslose Personen leben in großen aussondernden Institutionen, die Menschenrechte verletzen.

✚ Wie werden Sie den Übergangsprozess zu gemeindeintegrierten Dienstleistungsformen beschleunigen und was sind Ihre Ziele?

## **In der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderung über die Deklaration von Rechten hinausgehen und sicherstellen, dass die Menschen auch wirklich in den Genuss ihrer Rechte kommen**

### **➤ An das nominierte Kommissionsmitglied für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft**

Soziale und Gesundheitsdienstleistungen spielen eine zentrale Rolle in der Ermöglichung von Menschenrechten. Ihr Beitrag ist sehr wichtig für die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Soziale und Gesundheitsdienstleistungen für Menschen mit Behinderung sollten:

- barrierefrei zugänglich, leistbar, überall verfügbar und anpassungsfähig sein – nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern für die gesamte Gesellschaft.
- basierend auf individuellen Bedürfnissen gestaltet werden – durch einen gemeinsamen Entwicklungs- und Umsetzungsprozess mit Menschen mit Behinderung.
- inklusiv und gemeindeintegriert sein.

Die Europäische Union hat ihre Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderung für den Zeitraum 2010-2020 beschlossen. Diese Strategie ist ein zentrales Instrument der EU, um ihre Verpflichtungen als Unterzeichnerin der UN-Behindertenrechtskonvention zu erfüllen.

Zur Zeit werden soziale und Gesundheitsdienstleistungen und ihre entscheidende Rolle bei der Einlösung von Menschenrechten noch nicht voll anerkannt. Sie sind nicht in die EU Strategie integriert, obwohl sie für den Genuss von Menschenrechten durch Menschen mit Behinderung zentral sind.

Die Europäische Kommission schließt sich klar den in der UN-Behindertenkonvention festgelegten Rechten an und unterstützt sie, äußert sich aber weniger klar darüber, wie sicherzustellen ist, dass Menschen auch wirklich in den Genuss dieser Rechte kommen. Der Genuss von Rechten steht oft in direkter Beziehung mit der Verfügbarkeit von hoch qualitativen, inklusiven Unterstützungssystemen.

- ✚ Wie werden Sie sicherstellen, dass das neue Umsetzungsdokument (Arbeitsunterlage - staff working paper) für die Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderung über die Deklaration von Rechten hinausgeht und auch Strategien zur weiteren Entwicklung der notwendigen sozialen und Unterstützungsdienstleistungen beinhaltet?

## **Stärkerer Einfluss der Europäischen Agentur für besondere Bedürfnisse und inklusive Bildung**

### **➤ An das nominierte Kommissionsmitglied für Bildung und Kultur**

Das Recht auf inklusive Bildung wird von der UN-Behindertenrechtskonvention und der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderung anerkannt. Bildung ermöglicht Kindern mit Behinderung aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben und ein Gefühl für Würde, Fähigkeiten und Kreativität zu entwickeln. Wie die letzten Statistiken aus dem Jahr 2012 zeigen, werden jedoch die Rechte von Kindern häufig verletzt, 40% der 2,5 Millionen Kinder mit speziellen Bedürfnissen werden in Europa in Sonderschulen segregiert.

Die Europäische Agentur für besondere Bedürfnisse und inklusive Bildung ist eine unabhängige Organisation, die von den Bildungsministerien und dem Jean Monnet Programm von DG Bildung und Kultur finanziert wird. Sie hat die Sammlung sowie den Austausch von Wissen im Bereich Bildung bei speziellen Bedürfnissen zum Ziel. Ihre Arbeit in diesem Bereich ist wertvoll und bringt wesentliche Erkenntnisse. Aber leider werden ihre Empfehlungen meist übersehen, wenn es um die Entwicklung von Strategien und ihre Umsetzung auf europäischer und nationaler Ebene geht. Die Generaldirektion für Bildung und Kultur trägt Verantwortung dafür, allen Kindern zu helfen, im allgemeinen Schulsystem inkludiert zu werden.

- ✚ Welche Initiativen werden Sie setzen, um die Expertise dieser Agentur besser zu nutzen oder sie in ein proaktives, einflussreiches Gremium umzuwandeln, damit die Rechte von Kindern mit Behinderung stärker umgesetzt werden?

### **Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:**

**Nieves Tejada Castro**  
EASPD Bereich Kommunikation  
T. +32 2 282 46 18  
[Nieves.tejada@easpd.eu](mailto:Nieves.tejada@easpd.eu)  
[www.easpd.eu](http://www.easpd.eu)



**Luk Zelderloo**  
EASPD Generalsekretär  
T. +32 2 282 46 10  
[luk.zelderloo@easpd.eu](mailto:luk.zelderloo@easpd.eu)  
[www.easpd.eu](http://www.easpd.eu)

